

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

50. Jahrgang.

Dienstag, den 19. Mai

Erst erscheint

wöchentlich drei Mal und zwar
Dienstag, Donnerstag u. Sonn-
abend. Insertionspreis: die
kleinformatige Zeile 12 Pf. In
amtlichen Teilen die gespaltene
Zeile 30 Pf.

Abonnement

viertelj. 1 M. 20 Pf. einschließl.
des „Illustr. Unterhaltungsbl.“
u. der Humor. Beilage „Seifen-
blasen“ in der Expedition, bei
unsern Boten sowie bei allen
Reichspostanstalten.

N 59.

1903.

Das diesjährige Obererlassgeschäft in den Aushebungs- bezirken Schneeberg und Schwarzenberg betreffend.

Nach dem von der königlichen Obererlasskommission II im Bezirke der 7. Infanterie-
brigade Nr. 88 aufgestellten Geschäfts- und Reiseplan findet die diesjährige Aushebung der
Militärpflichtigen

1) im Aushebungsbezirke Schneeberg
am 12., 13., 15., 17., 18., 19. und 20 Juni dieses Jahres
von vormittags 9 Uhr an
im Gasthause zum „blauen Engel“ in Aue,

2) im Aushebungsbezirke Schwarzenberg
am 22., 23., 24., 25. und 26. Juni dieses Jahres
von vormittags 9 Uhr an
im „Bade Ottenstein“ in Schwarzenberg

statt.

Diejenigen Militärpflichtigen, welche sich zur Aushebung zu stellen haben, werden
durch ihre Ortsbehörden noch besondere Ordres erhalten und haben sich zur Vermeidung
der in § 33 des Reichsmilitärgesetzes vom 2. Mai 1874 angedrohten Strafen
und Verluste an den auf diesen Ordres angegebenen Tagen und Stunden vor
der königlichen Obererlasskommission in reinlichem und nüchternem Zustande einzufinden.

Das Erscheinen der Militärpflichtigen zur Stellung in unreinlichem Zu-
stande, Trunkenheit, Ungehörigkeit jeder Art, wie Ungehörigkeit der Militär-
pflichtigen gegen Anordnungen der Aufsichtsorgane bei dem Aushebungs-
geschäft u. s. w., wird, sofern nicht gerichtliche Bestrafung eingetreten hat, mit Geld bis
zu 150 Mark oder Haft bis zu 14 Tagen bestraft.

Die beorderten Mannschaften haben zur Vermeidung einer Geldstrafe von
3 Mark ihre Ordres und Lösungsscheine mitzubringen und auf Erfordern abzugeben.
Bei der Aushebung sind nur solche Anträge auf Zurückstellung zulässig, deren
Veranlassung erst nach Beendigung des diesjährigen Aushebungs-
geschäftes entstanden sind und welche spätestens im Aushebungstermine angebracht und bescheinigt werden.

Wenn Zurückstellungsanträge auf Grund von § 32, a und b der Wehrordnung an-
gebracht werden, haben sich diejenigen Personen, deren Erwerbs-
unfähigkeit behauptet wird, gemäß § 63 Nr. 7 Absatz 4 und § 33 Nr. 5
der Wehrordnung im Aushebungstermine persönlich mit einzufinden, während
etwa vorgelegte ärztliche Zeugnisse (Bezirks-, Gerichts-, Polizeiarzt) obrigkeitlich beglaubigt
sein müssen. (§ 65, a der Wehrordnung).

Nach § 72, a der Wehrordnung ist jeder in den Grundlisten des Aushebungsbezirks
geführte Militärpflichtige berechtigt, im Aushebungstermine zu erscheinen und der königlichen
Obererlasskommission etwaige Anliegen vorzubringen.

Bis zum Aushebungstermine haben die der königlichen Obererlasskommission vorzu-
stellenden Mannschaften ihren gegenwärtigen Aufenthaltsort, wenn irgend tunlich,
nicht zu wechseln.

Die Herren Stammrollenfürher haben am letzten Aushebungstage sämtlich an-
wesend zu sein und die Stammrollen mitzubringen.

An- und Abmeldungen Militärpflichtiger sind mittels Stammrollenauszugs
und beziehentlich unter Beifügung des Lösungsscheines jederzeit umgehend anher ein-
zureichen.

Schwarzenberg, am 14. Mai 1903.

Der Civilvorsitzende der Erlasskommissionen der Aushebungsbezirke
Schneeberg und Schwarzenberg.

J. A. Dr. Jani, Bezirksassessor.

B.

Sozialdemokratie und Freihandel.

Die Stellungnahme der Sozialdemokratie gegenüber den
Fragen von Schutzzoll und Freihandel beruht auf rein taktischen
Erwägungen. Von den verständigen Sozialdemokraten waren
und sind viele überzeugt, daß die Herbeiführung des Freihandels
nicht im Interesse des Arbeiters liegt und daß ein Verlassen der
schutzzollnerischen Bahnen besonders für die Industrie-Arbeiterschaft
ungeheure Nachteile zur Folge haben würde. Trotzdem
tritt die sozialdemokratische Partei als Vorkämpferin des
Freihandels auf, um so das heyerische Moment auszunutzen, das
darin liegt, daß man der großen Masse die Rolle als „uner-
schwingliche Lasten“, als „wucherische Steuern“ und dergleichen
darstellt und behauptet, der Schutzzoll käme nur den „Junkern“
und den „Industriebaronen“ zugute. An einigen Äußerungen
sozialdemokratischer Führer möge dieser Widerspruch zwischen
richtiger Einsicht und agitatorischem Verhalten klargestellt werden.

Bei der Beratung des autonomen Zolltarifs vom Jahre 1879
bemerkte der sozialdemokratische Fraktionsredner Kayser in Bezug
auf die Eisenzölle: „Bei der Schutzzoll- und Freihandelsfrage
haben wir uns vorzüglich gefragt: in welcher Weise ist der
Schutzzoll imstande, die Lage der Arbeiter zu verbessern? Ich
erwarte nicht, daß durch die Einführung irgend eines Zolles
auf irgend einen Gegenstand der jetzt so außerordentlich niedrig
stehende Lohn um viel erhöht werden wird. Allein ich hoffe,
daß die Unterfunkt der Arbeitslosen eher wird stattfinden können.“
Der sozialdemokratische Abgeordnete Kayser hatte also die durch-
aus richtige Ueberzeugung, daß der Schutzzoll die Arbeitsgelegen-
heit verbessert.

Recht interessant sind ferner die Verhandlungen der Sozial-
demokratie über die Freihandelsfrage auf dem Stuttgarter
Parteitage im Jahre 1898. Dort war Schippel über diesen
Gegenstand Berichterstatter und Rautschy Korreferent. Mit Hilfe
der Ausführungen Schippels kann man geradezu alle Vorwürfe,
welche die Freihändler gegen das Schutzzollsystem erheben, treffend
zurückweisen. So erklärte Schippel gleich von vornherein, wir
Deutsche könnten es uns ruhig verdammen, wenn man uns den
Vorwurf mache, wir hätten andere Länder in den Schutzzoll
hineingetrieben, das sei nicht der Fall. Ferner bemerkt er:
„Die Industriellen konnten den großen innern Markt, den ihnen
die Landwirtschaft unter den alten Preisverhältnissen bot, nicht
verlieren; sie konnten die Landwirtschaft nicht einfach zu Grunde
gehen lassen, und darum waren sie gezwungen, auch Getreidezölle
zu bewilligen. Und um sozial teurer ist das Brot
doch auch garnicht geworden. Die Getreide-
preise auf dem Weltmarkte sind so herunter-
gegangen, daß wir heute trotz des Zolles noch
ebenso billige und billigere Getreidepreise
haben wie damals.“ Ueber die Stellung der Arbeiter
zu den Schutzzöllen aber führte Schippel aus: „Die Arbeiter sind
nicht reine Konsumenten, sie sind gewissermaßen Mitanteilehaber
an jeder wenn zunächst auch künstlich beschränkten Erweiterung
der Großproduktion. Das höchsten Preisbewegung
und Preiserhöhung kann für uns nichts be-
deuten. Also nicht als Konsumenten haben die Arbeiter
darüber zu urteilen, sondern als Teilnehmer an dem heutigen
Produktions-Organismus.“

So ist also der Freihandel auch in den Augen der wissen-
schaftlich gebildeten Sozialdemokraten gerichtet. Wenn die
Sozialdemokratie trotzdem mit allem Eifer für freihändlerische
Interessen eintritt, so geschieht das einmal, wie schon bemerkt,

aus augenblicklichem agitatorischen Interesse und sodann aus dem
allgemeinen Grunde, weil das Freihandelsystem auf die Dauer
immer und überall zersetzend wirkt. Aus dieser Ueberzeugung
heraus schrieb Marx seiner Zeit: „Das Schutzzollsystem ist konser-
vativ, das System der Handelsfreiheit beschleunigt die soziale Revolu-
tion; in diesem revolutionären Sinne stimmen wir für den Frei-
handel.“ In diesen Worten liegt die tiefste Ursache für das An-
kämpfen der Sozialdemokratie gegen den Schutz der nationalen
Arbeit und ihr manchesterliches Gebaren aufgedeckt.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Der „Brooklyn Eagle“ verbreitet, daß
Prinz Heinrich einem Amerikaner mitgeteilt habe, er werde
zur Weltausstellung nach St. Louis kommen. Das „Chemn.
Tagebl.“ hört dazu, daß Prinz Heinrich schon während seiner
Amerikareise den Wunsch ausgesprochen hat, privatim, also nicht
als Vertreter des Kaisers, nach St. Louis zur Weltausstellung
zu kommen, er hat diesen Wunsch auch noch später zu erkennen
gegeben. So würde denn der Prinz, wenn nicht Dienstgeschäfte
ihn verhindern, oder anderes dazwischen kommt, möglicherweise
die Weltausstellung besuchen.

— Der kommandierende General des XVI. Armeekorps,
Generaloberst Graf von Haeseler, hat den erbetenen Ab-
schied erhalten, zu seinem Nachfolger wurde der Gouverneur von
Mex., Generalleutnant Söder, ernannt.

— Auf die Frage: Wer „vertritt“ die Arbeiter
in der Sozialdemokratie? hat bereits im Jahr 1890
eine der sozialdemokratischen Autoritäten, Friedrich Engels, folgende
Antwort gegeben: „Seit zwei oder drei Jahren hat sich eine
Menge Studenten, Literaten und andere junge, deflaffierte
Bourgeois in die Partei gestürzt und ist gerade zur rechten Zeit
gekommen, um die meisten Redaktionsplätze in den Zeitungen
einzunehmen, die wie Pilze aus der Erde schießen.“ Dieser
Andrang ist in der letzten Zeit noch fortwährend gestiegen. Aus
Arbeiterkreisen ist über die Bevorzugung dieser „Deflaffierten“
durch die sozialdemokratische Parteileitung in der Presse, in
Parteibeamtensitzungen und in Parlamenten lebhaft geklagt
worden. Das war aber stets vergebens. Auch jetzt ist wieder
bei den sozialdemokratischen Kandidatenstellungen zu erkennen,
daß Arbeiter dabei fast gar nicht berücksichtigt werden. Allerlei
Schriftsteller, Redakteure, Parteibeamte, Schankwirte, Krämer u.
s. w. kandidieren neben wohlhabenden Rentnern — die Arbeiter aber
haben die Wahlkosten zu zahlen, die Wahlarbeit zu leisten, als
Stimmvieh zu dienen; — das allein ist deren „Pflicht“, aber
auch deren „hohe Ehre“.

— Frankreich. Von den französischen Absichten auf
Marokko war schon wiederholt die Rede. Sie kommen jetzt
auch in einem Artikel des offiziellen „Petit Parisien“ zum Aus-
druck. „Jeder Tag bringt“, so heißt es da, „neue Beweise für
den Zustand der Anarchie, in dem sich Marokko befindet. Der
Angriff auf Tetuan durch aufständische Stämme bezeichnet den
Ernst der Lage, da diese Stadt zu nahe bei Ceuta liegt, das den
Spaniern gehört, als daß dessen Eroberung Spanien gleichgültig
sein könnte. Gerade Gibraltar gegenüber, am Fuße eines Ge-
birgsstockes belegen, könnte dieser Platz, falls er mit Forts aus-
gestattet wäre, dazu beitragen, die Meerenge zu schließen. Frank-
reich, das die Freiheit der Einfahrt in das Mitteländische Meer
will und das besondere Rechte wegen seiner Besetzung Algerien
hat, wünscht gewiß die Aufrechterhaltung des marokkanischen
Reiches; aber die gegenwärtigen Umstände können ihm zur Wahr-

ung seiner Interessen eine energische Aktion auferlegen. In
Tetuan wie in Tanger fällt die Aufgabe unserer Diplomatie und
unserer Marine zu, und wir hegen das vollste Vertrauen zu
dieser wie zu jener. Die Angriffe, die sich aber im Süden von
Oran ereignet haben, stellen auch dringende Anforderungen an
unsere Truppen. Die Sicherheit unseres afrikanischen Reiches
erheischt, daß wir den Zwischenfällen ein Ende machen, die durch
die wachsende Kühnheit der Grenzstäme hervorgerufen werden.“

— Vom Balkan. Selbst der Anschlag gegen den russi-
schen Konsul in Mitrowiza hatte bis vor kurzem den Sultan
nicht zu rücksichtslosem Vorgehen gegen die albanesischen Ruhe-
störer vermocht. Er hoffte durch eine Sühne-Deputation, die er
entsandete, die Albanesen, die er im Hinblick auf ihre Stellung
im Palast so gern schonen wollte, auf bessere Wege zu bringen.
Der Wunsch hat sich nicht erfüllt. Der Oberkommandierende
Omer Ruchbi Pascha hat sich genötigt gesehen, die große ihm
zur Verfügung gestellte Truppenmacht unmittelbar gegen die Auf-
rührer zu verwenden. Er hatte am 5. Mai die zunächst un-
blutigen Operationen mit dem Vormarsch der Brigade Schafir
Pascha von Pristina aus gegen Djalowa eröffnet. Am folgenden
Tage, den 6. Mai, erschienen die türkischen Truppen vor Djalowa
selbst. Der Marsch der Brigade Schafir bis zu dem genannten
Ort erfolgte ohne Kampf, und es wurde berichtet, daß die Albanesen
die Truppen sogar sehr freundlich aufgenommen hätten. Die
Führer der Bewegung aber hatten beim Herannahen der türki-
schen Truppen Djalowa verlassen und sich zu dem im Gebirge
am rechten Ufer des Weßens Drin wohnenden Albanesenstamme
der Hasi geflüchtet. Hilmi Pascha gab der Brigade Schafir
Pascha Befehl, gegen zwei Dörfer, in denen sich die reformfeind-
lichen Führer aufhielten, vorzugehen und die Führer gefangen
zu nehmen. Die Truppe wurde gezwungen, die beiden Ort-
schaften zu beschließen. Als nun aber die Truppen Omers in
die Stadt Djalowa selbst einrückten wollten, leisteten die Albanesen
neuerdings Widerstand, der durch mehrere Kanonenschüsse rasch
beseitigt wurde. Omer hat nun auch die Stadt Ipele, den Sitz
des Hauptwiderstandes, besetzt und damit einen vollen Erfolg
gegenüber den Albanesen errungen, wie sich aus den nachstehenden
Nachrichten schließen läßt.

Konstantinopel, 16. Mai. Nach einem Telegramm des
Oberkommandierenden Omer Ruchbi Pascha haben die auf-
rührerischen Albanesen am 14. Mai auf die von Djalowa aus
vorrückenden Truppen Scheifi Paschas Feuer gegeben, letzterer
ließ das Feuer erwidern und zum Angriff vorgehen. Nach kurzem
Gesecht erklärten die Albanesen ihre Unterwerfung und baten
um Gnade. Die Division Rasir Paschas steht zwei Stunden
vor Ipele.

Konstantinopel, 16. Mai. Nach einer amtlichen Mel-
dung ist der Einmarsch der Truppen in Ipele gestern abend
erfolgt. Auf der Forte ist man sehr befriedigt. Die Aktion
wird als beendet betrachtet.

— Amerika. Die New Yorker Polizei entdeckte, wie ge-
meldet wird, daß ein gewisser Rousseau, wahrscheinlich ein Kanadier
französischer Abkunft, der Urheber des verjuchten Dynamit-
attentates auf den Dampfer „Umbria“ ist. Dieser Mann
mietete sich am 27. April in einem Privathotel ein, wo er schon
seiner Schweigsamkeit und seines eigentümlichen Benehmens wegen
auffiel. Er ist ungefähr 40 Jahre alt und scheint mit Geldmitteln
reichlich versehen gewesen zu sein. Am 4. Mai erzählte er seiner
Wirtin, er müsse nach Washington fahren, und am letzten Donner-
stag kam er angeblich von dort zurück. Bevor er abreiste, hämmerte
er einige Tage lang auffällig viel in seinem Zimmer, und man